

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abhaltung in den Geschäftsstellen und den Abnahmestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. einschließlich Porto. — Einzelhefte 10 Pf. — Wochenspenden werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. Uhr durch Herkunftsberichterstattung.

Angelagerter: Die Kapitalisten Kammer 20 Gabelstängel, die 4 gepulverte Zelle der amtlichen Bekanntmachungen 40 Gabelstängel, die 3 gepulverte Zelle im letzten Teile 100 Gabelstängel. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. — Anzeigen nehmen alle Fernsprechanlagen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamt Tharand, Finanzamt Riesa.

Nr. 127 — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, 3. Juni 1926

## Briand trumfft auf.

Briand verfährt nicht gerade fünfziglich mit seiner Kammer; sie bockt und will ihn nicht tragen, aber er gebraucht Peitsche und Sporen. Er verlangt einfach die Zustimmung der Kammer zu seinem Verbot, daß dort jetzt über Frankstabilisierung, Währungsreform, Finanzpolitik überhaupt geredet wird. Noch mehr, er lehnt es ab, sich eine Zusage über den Termin erpressen zu lassen, wann er oder die Kammer darüber reden soll. Der Kammer lagen hierüber ein paar Interpellationen vor und ein Mehrheitsbeschluß hatte die sofortige Festsetzung des Termins gefordert, zu dem diese Interpellationen beantwortet werden sollen — aber Briand erklärte einfach, er habe das ganze Gerede satt. Eine öffentliche Debatte werde die erste Situation nur noch mehr gefährden; jetzt hätten die Sachverständigenkommissionen erst einmal das Wort.

Und dann wird er ganz massiv: „Eine der Hauptgründe für die Verschärfung der Situation ist die Unstabilität der Regierung und die Untergrabung ihrer Autorität, die im In- und Auslande die Beunruhigung vermehren muß.“ Er könne nicht arbeiten, wenn das Schicksal des Ministeriums ständig an einem seidenen Faden hängt. Offen droht er mit Rücktritt, falls die Mehrheit der Kammer seine Politik nicht unbedingt mitmache. Das ist freilich leicht ausgesprochen; denn man weiß in Frankreich wirklich nicht, was nun durch den Sturz des Kabinetts erreicht sein würde, was dann geschehen sollte. Diese Erbschaft anzutreten, hat wohl niemand recht Lust, mag er auch noch so lustern nach einem Ministerposten schielen. Und mit einem verlegenen Schweigen hört sich die Kammer diese Phrasen an. Briand verlangt eine runde Klare, ihm unbedingt folgende Mehrheit, die zu beschließen hat, fürs erste den Mund zu halten.

Zu gegenwärtigen Augenblick ist nichts schädlicher als ungenügendes. Schwer würgt die Kammer an diesem Broden. Aber Briand stopft nach: „Es kann nicht so weitergehen, daß sich die Regierung jeden Tag eine neue Mehrheit sucht. Nein! Genug! Genug!“ Da schluß man den großen Bissen aus Angst vor neuer Verwirrung, und die Rechte, die gemäßigten Gruppen der Mitte und ein kleiner Teil der sogenannten Radikalen stimmen dafür, daß die Interpellationsbeantwortung vertagt wird. Aber eine wirklich durchschlagende Mehrheit hat Briand doch nicht erhalten: 313 Stimmen sind für ihn, 147 Stimmen gegen ihn — Kommunisten und Sozialisten, sowie ein Teil der Radikalen —, aber 106 enthalten sich der Stimme, weil sie nicht die Verantwortung tragen wollen für einen Sturz des Kabinetts, obwohl sie Briands Gegner sind. Er siegt also nur mit 60 Stimmen Mehrheit.

Er wird trotzdem bleiben, weil innerpolitisch-parlamentarischen Experimenten außenpolitische Schwierigkeiten entgegenstehen und die Kammer das Theater nicht zu wiederholen wagt, was sie anlässlich der Genfer Konferenz ausführte, damals, als Briand gleich zu Beginn der Konferenz gestürzt wurde und binnen 48 Stunden wieder aufstand. Die Marokkoeffäre muß endgültig zu Ende gebracht, vor allem die Abfertigungskonferenz durchgeführt werden, wo neue Schwierigkeiten aufstuden. Jetzt jankt man sich herum, ob die Reservekräften mit in die Heeresstärke eingerechnet werden sollen oder nicht. Die Entente ist dagegen, Deutschland dafür; dies letztere wäre nicht von Bedeutung, wenn sich nicht Amerika gegen das französische Verlangen wenden würde. Amerika, das überhaupt schon stark verschnupft ist über die Treiber, Ausflüchte, Weigerungen Frankreichs. Und auf Amerika muß man nicht zuletzt im Währungsinteresse — stärkste Rücksicht nehmen, sonst fängt man drüben in unangenehmster Weise an, auf die französische Schuldenlast hinzuweisen.

Langsam verschiebt sich das parlamentarische Schwerkraft in der Deputiertenkammer nach rechts; schon seine Marokkopolitik hat Briand nur mit Hilfe der Rechten machen können. Die Abstimmung hat eine Illustration für diese Kräfteumgruppierung gegeben.

## Das deutsche Arbeitszeitgesetz.

Erklärungen auf der Genfer Arbeitskonferenz. Auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf sprach der deutsche Regierungsvertreter Ministerialrat Feig über die Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag. Er legte dar, daß die Ergebnisse der Londoner Konferenz der Arbeitsminister einen wesentlichen Fortschritt auf dem Wege zur Ratifizierung dieses Abkommens bildeten. Das deutsche Reichsarbeitsministerium habe schon vor der Londoner Konferenz einen Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit vorbereitet. Dieser Entwurf sei nun auf Grund der Ergebnisse der Londoner Konferenz weiterentwickelt worden, und es sei bestimmt zu hoffen, daß im Laufe dieses Sommers dem Kabinett und den delegierenden Körperschaften vorgelegt werde. Deutschland vertritt den grundsätzlichen Standpunkt, kein Abkommen zu ratifizieren, bevor es nicht seine Befehdsgebung

## Italiens Interesse an der Neugestaltung in Marokko.

Rom, 2. Juni. Die italienische Regierungspresse läßt sich, die Rechte und Interessen einer italienischen Beteiligung an der endgültigen Neugestaltung in Marokko zu betonen. Sie erklärt, Italien dürfe von dieser Regelung nicht mehr ausgeschlossen werden. Dieser italienische Standpunkt werde nicht umsonst auch von der englischen Presse geteilt, die ebenfalls eine diplomatische Beteiligung Italiens am Marokko-Frieden befürworte, um seine endgültige Sicherung für die Zukunft zu garantieren. Zur Begründung der italienischen Ansprüche wird ausgeführt, Tanger werde erst mit Zustimmung Italiens und der Vereinigten Staaten ein endgültiges Regime erhalten können. Außerdem liege es auf der Hand, daß nach der Unterwerfung des Rif für die Franzosen in Marokko eine bevorzugte Lage entstehe, die die französische Einflusssphäre in diesem Kolonialgebiet erheblich vergrößern würde. Infolgedessen sei das Abkommen von Algeras wieder aufgestellt, und eine allgemeine Überprüfung der Einflusssphären der beteiligten europäischen Staaten in Nordafrika sei dringend geboten. Italien verlange daher bei der unvermeidlichen Neuverteilung der mittelbaren und unmittelbaren Einflusssphären der europäischen Staaten in Marokko gehört zu werden.

## Gereizte Stimmung gegen Abd el Krim in Frankreich.

Paris, 3. Juni. Der französische Ministerpräsident hatte am Mittwoch eine lange Unterredung mit dem spanischen Botschafter De Leon. Die Unterhaltung bezog sich auf die Grenzfestsetzung in Marokko. Beide Regierungen planen die Einsetzung einer gemischten Kommission, die an Ort und Stelle die Modalitäten der Grenzführung regeln wird. Es ist auch die Rede davon, daß diese Kommission sogar die Entscheidung über das

in vollen Übereinstimmung mit dem Inhalt des Abkommens gebracht habe.

Der neue deutsche Arbeitszeitgesetzentwurf werde die Ratifizierung des Abkommens ermöglichen. Der Vollzug werde von der gleichzeitigen Ratifizierung des Abkommens durch die anderen Hauptindustriestaaten abhängig sein.

## Der Bergarbeiterstreik in England.

Noch keine Einigungsverhandlungen. Im Englischen Unterhause gab Premierminister Baldwin bei Eröffnung der Sitzung die Erklärung ab, daß die Regierung sich nach Ablehnung ihrer Vorschläge sowohl seitens der Grubenbesitzer als auch seitens der Bergarbeiter nunmehr vollkommene Handlungsfreiheit vorbehalten. Die Subventionszahlungen seien zu Ende. Ein Antrag der Arbeiterpartei, den Etat des Ministeriums für Bergbau zu vermindern, der ein Mißtrauensvotum für die Regierung bedeutete, wurde mit 252 gegen 108 Stimmen abgelehnt. Cool, Sekretär der Bergarbeitergewerkschaft, erklärte, daß alle Gerüchte über Einigungsverhandlungen zurzeit jeder Begründung entbehren. Man hoffe auf die Hilfe aller Transportarbeitergewerkschaften sowohl in England als auch im Ausland, um den Transport von Kohle unmöglich zu machen.

## Doumergues Reise nach England.

Große Ehrungen für den französischen Präsidenten. Der Präsident der Französischen Republik wird am 22. Juni in Begleitung des Ministerpräsidenten Briand die geplante Reise nach London antreten. Er wird in Dover vom Prinzen von Wales und bei seiner Ankunft in London an der Victoria-Street-Station vom König selbst empfangen werden. Der Präsident der Republik, der bis zum 25. Juni in London zu bleiben gedenkt, wird sich im Verlaufe seines Aufenthalts auch nach Oxford begeben, wo die Universität ihm den Titel eines Ehrendoktors verleihen wird. Am 24. Juni veranstaltet der Lordmayor von London in der Guild Hall ein großes Bankett zu Ehren des Präsidenten und am gleichen Tage wird Doumergue auch Gast Kustens Chamberlains sein.

## Der Eigentumsstreit zwischen Preußen und Krone.

Neue Lärmszenen im Preussischen Landtag. Im Preussischen Landtag kam es bei der zweiten Beratung des Haushalts des Finanzministeriums wiederum zu großen Lärmszenen. Wie nicht anders zu erwarten, wurde bei dieser Gelegenheit die Auseinandersetzung mit den ehemals regierenden Fürstenthümern einachend be-

Schiedel Abd el Krim treffen soll. Vorläufig wird Abd el Krim in Fez verbleiben. Die Stimmung der französischen Öffentlichkeit gegen Abd el Krim wird zusehends gereizter. Es wird behauptet, daß einige Wochen vor der Kapitalisierung spanische Soldaten, Eingeborene und französische Senegalesen in großer Zahl erschossen worden seien. Wenn dafür einwandfreie Beweise erbracht werden könnten, so sei es nicht ausgeschlossen, daß Abd el Krim vor ein Kriegsgericht gestellt werde.

## 6 Millionen Arbeitslose in Sowjet-Rußland.

Moskau, 2. Juni. Nach den neuesten statistischen Angaben beträgt die Zahl der Arbeitslosen in den Städten Sowjetrußlands etwa 3 Millionen. Eine ebenso große Zahl Arbeitsloser wird vom Lande gemeldet, so daß im ganzen etwa 6 Millionen Menschen in Rußland arbeitslos sind.

## Unverändert ernste Lage in England.

Eigener Fernspr.-Dienst des „Wilsdruffer Tageblattes“. London, 2. Juni. Die Regierung bereitet sich auf eine längere Dauer des Bergarbeiterstreiks vor. Es sollen nicht nur die Bestimmungen für die Einschränkung des Verbrauchs von Kohlen weiter verschärft werden, sondern es soll in Zukunft auch eine Nationalisierung der übrigen Brennstoffe, wie Benzin, Petroleum, Gas usw. eintreten. Die notwendigen Verfügungen sind vom Bergbauamt bereits ausgearbeitet worden. Sie werden in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Für die Aufrechterhaltung eines eingeschränkten Eisenbahndienstes sind noch Kohlenvorräte auf mehrere Wochen hinaus vorhanden.

## Sitzungsbericht.

(176. Sitzung.) 2. Berlin, 2. Juni. Abg. von Mohr (Dtn.) greift den Finanzminister wegen seiner Haltung in der Auseinandersetzung mit den Fürsten an und wirft ihm vor, daß er seine besondere Kenntnis, die ihm von Amts wegen zugesprochen sei, lediglich gegen die Fürsten verwende. Das heiße wahrlich nicht, der Republik und der Verfassung einen Inbalt zu geben. Die Politik eines Staates, die auf Raub angewiesen sei, müsse seine Partei immer ablehnen.

## Finanzminister Dr. Hoyer-Hoff

erwidert, daß der Streit über das Eigentum zwischen Staat und Krone über 100 Jahre alt sei. Der König habe hier früher wiederholt eingegriffen zugunsten der Krone. Der Streit wäre nicht entstanden, wenn man sich immer strikt an das Allgemeine Landrecht gehalten hätte, das davon ausging, daß der König nur gewisse Eingriffsrechte habe, damit er seine Pflichten erfüllen könne. (Inhaltende Zwischenruf bei den Deutschnationalen.) Der Minister, dessen Ausführungen in dem großen Lärm der Rechten und entsprechend lauten Gegenüberlegungen der Linken auf den Tribünen größtenteils unverständlich bleiben, erklärte, daß der Standpunkt der preussischen Staatsregierung genau der gleiche wäre wie der Friedrichs des Großen und auf dem Allgemeinen Landrecht basiere. Danach war das gesamte unbewegliche Vermögen Eigentum des Staates, und dem König stand nur zur Ausübung seiner Repräsentations- und sonstigen Regierungsverpflichtungen das Aupungsrecht gewisser Teile dieses Vermögens zu. (Die Deutschnationalen rufen im Chor: Das ist doch keine Enteignung!) Der Minister erklärt, auch er persönlich sei, wie er in verschiedenen Reden im Lande dargelegt, nicht für den Volkseinscheid. (Lebh. Hörl! Hörl! links und Reife bei den Kommunisten: Hoyer-Hoff, der Monarchist!) Er hätte sich bemüht, den Volkseinscheid durch eine reichsgesetzliche Regelung zu verhindern. Leider habe das Reich eine solche Regelung, die es verpflichtet war, zu treffen, bisher nicht durchgeführt. Wenn er, der Minister, von dem abgeschlossenen Vergleich jetzt zurückgetreten sei, so sei dafür die veränderte gesetzliche Lage maßgebend. Die preussische Staatsregierung hat nur deshalb den Vergleich abgeschlossen, der ihrem Rechtsstandpunkt im übrigen keineswegs Rechnung trug. Wenn sich nun durch Eingriff des Reichsgesetzgebers die Möglichkeit ergäbe, diesem Rechtsstandpunkt Geltung zu verschaffen, so hätte ich, betont der Minister, meine Pflicht als preussischer Staatsminister verletzt, wenn ich von dieser Möglichkeit nicht Gebrauch gemacht haben würde. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte. Lärm rechts und Rufe: Diebstahl!) Früher entschied der König durch Kabinettsorders, die dann für die Richter verbindlich waren, zugunsten der Krone. Heute entscheidet das Volk durch sein Votum, wie es in der Verfassung vorgesehen ist. Wie diese Entscheidung auch ausfallen möge, man kann sie nicht Raub nennen. (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien, links und Lärm rechts.) Abg. Dr. Waentig (Soj.): Die Frage der Fürsteneingriffung sei nicht nur eine reine Rechtsfrage, sondern wesentlich eine politische Frage. Der Redner fragt den Minister, ob und